

MOTRA 03/24 SPOTLIGHT

**Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland
zu Militärhilfen für die Ukraine.**

Janosch Kleinschnittger, Katrin Brettfeld, Thomas Richter und Peter Wetzels

Universität Hamburg (UHH) und Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien Hamburg (GIGA)

Kleinschnittger, J., Brettfeld, K., Richter, T., Wetzels, P.:
Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland zu Militärhilfen für die Ukraine.
MOTRA-Spotlight 03/24. Hrsg. von: MOTRA-Verbund, Hamburg.

<https://doi.org/10.57671/motra-2024003>

Disclaimer

Die im MOTRA-Spotlight veröffentlichten Beiträge spiegeln die Meinungen und Einschätzungen der Verfasserinnen und Verfasser wider.

Janosch Kleinschnittger, Katrin Brettfeld, Thomas Richter und Peter Wetzels
 Universität Hamburg (UHH) und Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien Hamburg (GIGA)

Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland zu Militärhilfen für die Ukraine.



Die Studie **“Menschen in Deutschland: International” (MiDInt)** untersucht, welche Auswirkungen internationale Ereignisse und Entwicklungen auf Einstellungen innerhalb der Bevölkerung in Deutschland haben. Zwischen dem 12. und 22. März 2024 wurde dazu die insgesamt achte repräsentative Online-Befragung durchgeführt, an der 3856 Personen ab einem Alter von 18 Jahren teilgenommen haben. In dieser Umfrage wurde unter anderem der seit zwei Jahren andauernde Ukraine-Krieg thematisiert.



Das Thema der **militärischen Unterstützung der Ukraine** polarisiert die Menschen in Deutschland. 47 % der Befragten meinen, Deutschland solle gar keine militärische Ausrüstung in die Ukraine liefern. Demgegenüber befürworten über die Hälfte Lieferungen von Munition, Kampfpanzern oder Flugabwehrraketen. Taurus Marschflugkörper zu liefern wird hingegen überwiegend abgelehnt (62.8 %).



Eine sehr große Mehrheit lehnt eine Unterstützung durch **Entsendung von Ausbildungspersonal der Bundeswehr** (70.6 %) oder von Bodentruppen der Bundeswehr in die Ukraine (81.3 %) klar ab.



Die Meinungen zur Militärhilfe für die Ukraine unterscheiden sich zwischen den **Anhängern verschiedener Parteien** erheblich: Wähler:innen der Grünen sind am häufigsten bereit, die Ukraine militärisch zu unterstützen. Bei Wähler:innen der AfD und des BSW ist diese Rate am geringsten.

Ein Großteil der Bevölkerung (70.8 %) ist besorgt, dass die militärischen Aggressionen Russlands sich auch direkt gegen Deutschland richten könnten. **Kriegsangst** ist insofern sehr verbreitet.

Befragte mit Kriegsangst stehen einer militärischen Unterstützung der Ukraine durch Deutschland positiver gegenüber als Menschen ohne bzw. mit nur sehr geringer **Kriegsangst**.

Menschen mit Kriegsangst befürworten in deutlich erhöhtem Maße autoritäre Formen der Staatsorganisation und sind eher zu Einschränkungen demokratischer Freiheitsrechte bereit.



Die Ergebnisse zeigen damit zum einen, dass Waffenlieferungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine sehr unterschiedlich bewertet werden. Zum anderen weist der enge Zusammenhang zwischen Kriegsangst und Autoritätseakzeptanz darauf hin, dass die Ängste wegen des Kriegs in der Ukraine folgenreich für unsere Demokratie und unser Zusammenleben sein können.

1. Die Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt)

Das Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg (GIGA) und das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) führen gemeinsam seit Ende November 2022 etwa alle zwei bis drei Monate repräsentative Online-Umfragen von nach Alter, Geschlecht, Bildung und Ost-West-Verteilung geschichteten Stichproben der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland durch. Ziel dieser Erhebungen auf Basis eines großen Online-Access-Panels ist es, den Einfluss international bedeutsamer Ereignisse und politischer Entwicklungen auf die politischen Einstellungen und Meinungen der Menschen in Deutschland genauer zu untersuchen. MiDInt ergänzt die seitens des Forschungsverbundes MOTRA seit Mitte 2022 jährlich durchgeführte umfangreichere große repräsentative Bevölkerungsbefragung „Menschen in Deutschland“ (MiD) sowie die alle zwei Jahre parallel dazu zusätzlich stattfindende repräsentative Studie „Junge Menschen in Deutschland“ (JuMiD).

Die achte Erhebungswelle der Studie MiDInt fand zwischen dem 12. und 22. März 2024 statt. Themen dieser achten Umfrage waren unter anderem der Ukraine-Krieg und seine möglichen Auswirkungen auf das Leben der Menschen in Deutschland. Insgesamt wurden 3 856 Personen erreicht, von denen verwertbare Daten vorliegen. Diese Stichprobe kann – nach Überprüfung der Verteilung zentraler sozialer Merkmale – als repräsentativ für die deutschsprachige erwachsene Wohnbevölkerung ab 18 Jahren eingestuft werden.

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse hinsichtlich der Meinungen der Menschen zu Waffenlieferungen von Seiten Deutschlands in die Ukraine sowie zu deren militärischer Unterstützung beschrieben. Weiter wird auch auf Resultate im Hinblick auf die Verbreitung von Ängsten und Sorgen in

der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg eingegangen. In dieser Hinsicht wird auch untersucht, inwiefern solche Ängste und Sorgen mit Blick auf den Ukraine-Krieg Auswirkungen auf Einstellungen der Bevölkerung zur freiheitlichen parlamentarischen Demokratie in unserem Land haben.

2. Der Ukraine-Krieg: Eine gesellschaftliche Herausforderung auch für Deutschland

Der Ukraine-Konflikt begann bereits 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland. Am 24. Februar 2022 kam es dann mit dem groß angelegten militärischen Angriff der russischen Armee auf die Ukraine zu einer Ausweitung des Konfliktes. Zum Zeitpunkt der Erhebungen im März 2024 dauerte dieser aktuelle Krieg damit bereits mehr als zwei Jahre an. Zu dieser Zeit erhöhte sich auch die Intensität russischer Luftangriffe auf die Infrastruktur der Ukraine und es waren deutliche Engpässe der Ukraine in der Versorgung mit Waffen und Munition sowie vor allem im Bereich der Luftabwehr Gegenstand umfänglicher Berichterstattung in den Medien in Deutschland. In Bezug auf Waffenlieferungen war dabei in Deutschland die Frage der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern eine sehr kontrovers behandelte Thematik auch innerhalb der Regierungskoalition.

Die militärische Aggression Russlands stellt die internationale Staatengemeinschaft vor große Herausforderungen. Sie erzeugt insbesondere bei westlichen Industrienationen einen erheblichen politischen Handlungsdruck sowohl im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik als auch mit Blick auf innen- und wirtschaftspolitische Fragen.

In Reaktion auf diesen Krieg wurden Unterstützungsleistungen für die Ukraine, u.a. in Form von Waffen- und Materiallieferungen, durch diverse Länder, so auch von deutscher Seite, auf den Weg gebracht. Daneben wur-

den zusätzlich auch umfangreiche humanitäre Hilfen für die Zivilbevölkerung in der Ukraine geleistet. Ferner wurden mehrere Millionen Geflüchtete aus den Kampfregionen in europäischen Ländern, so auch in erheblichem Maße in Deutschland, aufgenommen. Darüber hinaus wurden umfängliche Sanktionspakete mit Wirtschaftssanktionen gegen Russland durch die EU und deren Mitgliedstaaten auf den Weg gebracht und umgesetzt. Insofern beeinflussen der Krieg und die darauf bezogenen Reaktionen sowohl die Wirtschafts- als auch die Militär- und Sicherheitspolitik in Deutschland mit unmittelbaren Folgen für das Leben der hier lebenden Menschen in mannigfacher Hinsicht. Erhöhte Militärausgaben und deren Folgen für Staatshaushalte wie auch die Frage der möglichen Wiederbelebung einer allgemeinen Wehr- oder Dienstpflicht waren unter anderem wiederholt Gegenstand ausgiebiger Debatten auf nationaler Ebene in Deutschland in jüngster Zeit.

Der Umfang und die Formen der Hilfe für die Ukraine wie auch die verschiedenen denkbaren Maßnahmen gegen Russland im Kontext dieses Krieges stehen im Grunde täglich im Zentrum öffentlicher Debatten. Insbesondere die Frage der militärischen Unterstützung der Ukraine durch Deutschland, unter anderem in Form von Waffenlieferungen, wird dabei sehr kontrovers diskutiert. Es stellt sich hier nachdrücklich die Frage, in welchem Umfang unterschiedliche Varianten der militärischen Hilfen für die Ukraine in der Bevölkerung Rückhalt finden. Die diesbezüglichen Meinungen der Bürger:innen sind mit Blick auf die Frage der Legitimation der aktuellen Politik und der Akzeptanz staatlicher Maßnahmen von hohem politischen Interesse.

3. Einstellungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine

Einstellungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine wurden über insgesamt neun Fragen erhoben. Diese thematisieren unterschiedliche Formen der Ausgestaltung von Militärhilfen. Die Befragten wurden gebeten dazu jeweils den Grad ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung auf einer 4-stufigen Skala von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“ anzugeben (vgl. Tabelle 1). Im Folgenden werden die Angaben „stimme eher zu“ und „stimme völlig zu“ summarisch als Formen der Zustimmung kategorisiert.

Insgesamt stimmten 47 %, also knapp die Hälfte der Befragten, der Aussage zu, Deutschland solle „gar keine militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern“. Im Umkehrschluss befürwortet damit knapp über die Hälfte der Menschen eine militärische Unterstützung der Ukraine durch Deutschland. Mit Blick auf Waffenlieferungen werden unterschiedliche Waffenarten jedoch sehr verschieden bewertet. Die Zustimmungsraten sinken, je wirkungsmächtiger und offensiver die in Frage stehende militärische Ausrüstung ist. Der größte Anteil der Befragten (56.4 %) befürwortet die Lieferung von Munition. Die aktuell besonders virulent diskutierte Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern findet demgegenüber die geringste Zustimmung. Im Einzelnen zeigt sich (vgl. Tabelle 1):

- 56.4 % der Befragten stimmen der Lieferung von Munition zu;
- 54.1 % befürworten die Lieferung von Flugabwehrraketen;
- 51.2 % stimmen der Lieferung von Kampfpanzern zu;
- 43.6 % bejahen die Lieferung von Kampfflugzeugen und
- 37.2 % befürworten eine Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern.

Tabelle 1: Einstellungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine durch Deutschland (Angaben in %)

Deutschland sollte ...	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	Zustimmung insgesamt
...gar keine militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern.	27.0	25.9	21.7	25.3	47.0
...Munition an die Ukraine liefern.	23.2	20.4	30.3	26.1	56.4
...Flugabwehrraketen an die Ukraine liefern.	25.8	20.1	29.4	24.7	54.1
...Kampfpanzer an die Ukraine liefern.	26.4	22.3	28.3	22.9	51.2
... Kampfflugzeuge an die Ukraine liefern.	29.9	26.5	24.4	19.2	43.6
... Taurus-Marschflugkörper mit großer Reichweite an die Ukraine liefern.	36.2	26.6	20.8	16.4	37.2
... ukrainische Soldaten in Deutschland im Umgang mit modernen Waffen ausbilden	22.4	19.7	32.0	25.9	57.9
... Personal der Bundeswehr in die Ukraine schicken, um dort ukrainische Soldaten auszubilden.	41.1	29.5	21.0	8.4	29.4
... die Ukraine durch die Entsendung von Bodentruppen der Bundeswehr unterstützen.	56.2	25.1	13.6	5.1	18.7

Im Hinblick auf einen Einsatz von Soldaten der Bundeswehr zur Unterstützung der Ukraine sinken die Zustimmungsraten deutlich. Zwar stimmen über die Hälfte der Befragten (57.9 %) noch zu, wenn es darum geht, ukrainische Soldaten innerhalb Deutschlands im Umgang mit modernen Waffen zu schulen. Aber nur 29.4 % der Befragten würden es befürworten, Personal der Bundeswehr in die Ukraine zu entsenden, um dort vor Ort ukrainische Soldaten auszubilden. Einen militärischen Einsatz von Soldaten der Bundeswehr in Form der Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine lehnen 81.3 % der Befragten ab. Betrachtet man die Zustimmungsraten für eine militärische Unterstützung der Ukraine nach Parteipräferenzen der Befragten (hier über die sogenannte Sonntagsfrage erhoben), zeigen sich deutliche Unterschiede (vgl. Abbildung 1). Hierzu wurden drei Fragen exemplarisch betrachtet: Zum einen die gänzliche Ablehnung einer militärischen Unterstützung der Ukraine sowie zum anderen die Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine als die beiden

Extremvarianten. Darüber hinaus wurde noch die Meinung zur aktuell stark debattierten Frage der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern in diese Betrachtungen einbezogen.

Mit Blick auf die vollständige Ablehnung von Waffenlieferungen sind die Raten bei den Wähler:innen der AfD und des BSW mit 76 % bzw. 69.1 % am höchsten. Die geringste Raten für diese ablehnende Haltung finden sich bei Wähler:innen der Grünen (19.8 %). Die CDU/CSU und die SPD liegen mit 33.6 % bzw. 30.2 % im unteren und die FDP und Die Linke mit 42.5 % und 42.3 % im oberen Mittelfeld.

Bei der Frage nach Taurus-Marschflugkörpern sind die Zustimmungsraten bei Wähler:innen der Grünen mit 55.6 % am höchsten. Wähler:innen von CDU/CSU, SPD, FDP oder Die Linke liegen mit Zustimmungsraten zwischen 43.6 % und 45.6 % im Mittelfeld. Bei der AfD und dem BSW stimmen lediglich jeweils knapp ein Fünftel (20.7 % bzw. 18.0 %) dem zu.

Die Unterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien fallen mit Blick auf die Entsendung von Bodentruppen der Bundeswehr in die Ukraine deutlich geringer

aus: Wähler:innen aller Parteien lehnen zum größten Teil diese Art der militärischen Unterstützung ab. Nur jeweils etwa ein Fünftel würde das befürworten.

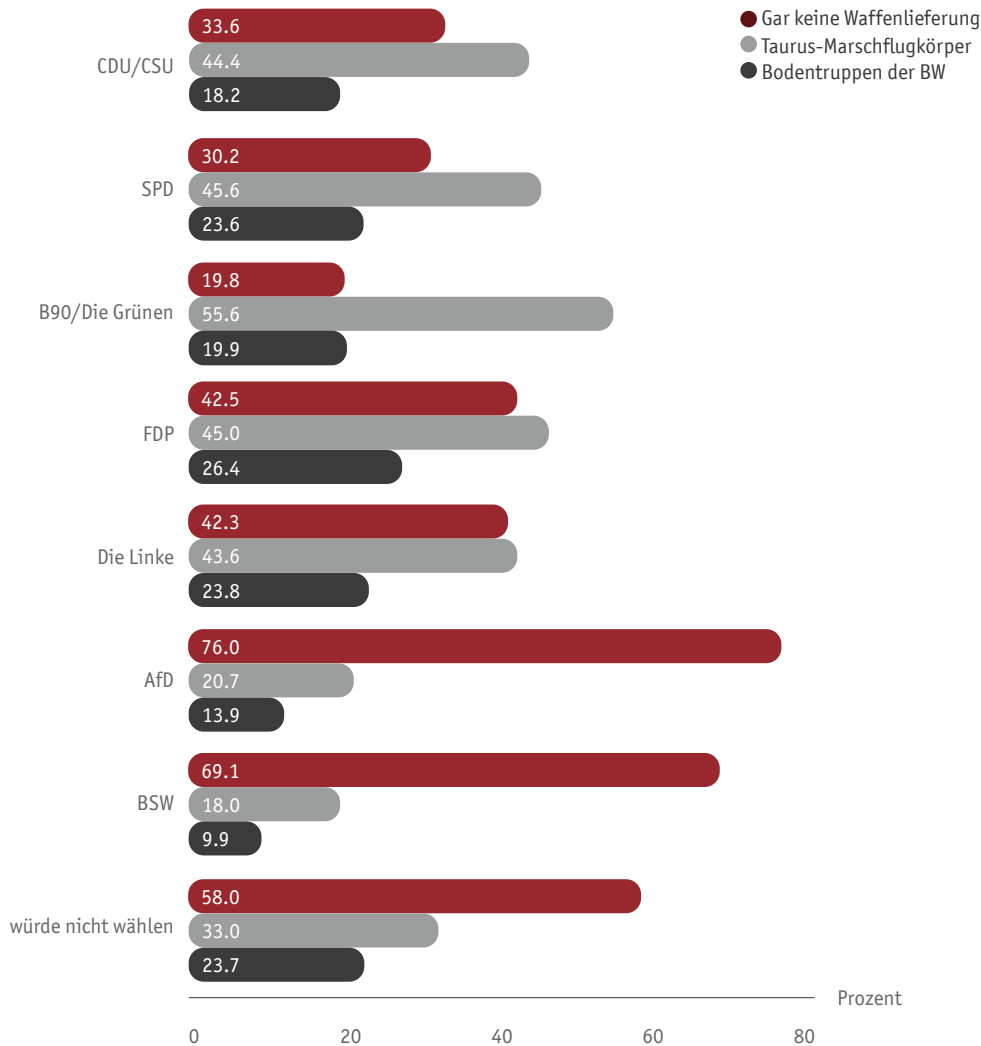


Abbildung 1: Prozentraten der Ablehnung von Waffenlieferungen in die Ukraine sowie der Befürwortung der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern und der Entsendung von Bodentruppen der Bundeswehr in die Ukraine nach Parteipräferenz

Auffällig ist, dass Wähler:innen der Grünen hier mit einer Zustimmungsrate von 19.9 % diesmal nicht die größte Unterstützungsbereitschaft ausdrücken, sondern mit

26.4 % die Wähler:innen der FDP. Mit 9.9 % ist die niedrigste Zustimmungsrate beim BSW zu finden.

4. Kriegsangst und Einstellungen zu Militärhilfen für die Ukraine

Für die Frage der Befürwortung einer militärischen Unterstützung der Ukraine durch Deutschland können auch Sorgen relevant sein, die Menschen mit Blick auf die subjektiven Risiken hinsichtlich einer eigenen direkten Betroffenheit im Sinne eines Einbezugs Deutschlands in diesen Krieg empfinden. Dies kann auch als eine Form von Kriegsangst eingeordnet werden. Solche Sorgen im Sinne von Kriegsangst wurden über vier Fragen erfasst. Zusätzlich wurde auch erhoben, inwieweit Menschen Ängste damit verbinden, dass Russland den Krieg gegen die Ukraine gewinnen könnte.

66 % bzw. 65 % der Befragten machen sich zumindest etwas Sorgen darüber, dass Russland Deutschland angreifen könnte bzw. dass es in Deutschland zu Anschlägen durch Russland kommen könnte. Besorgnisse wegen eines möglichen russischen Angriffs auf andere NATO-Staaten äußern 71.4 %. Ein möglicher Einsatz von Atomwaffen von russischer Seite gegen andere Länder bereitet 71.5 % zumindest etwas Sorgen. 68,3 % geben an sich Sorgen darüber zu machen, dass Russland den Krieg gegen die Ukraine gewinnen könnte.

Tabelle 2: Skala Kriegsangst: Unterschiedliche Sorgen angesichts des Ukraine-Krieges (Angaben in %)

Wie sehr bereiten Ihnen folgende Dinge Sorgen? (Das besorgt mich ...)	gar nicht	kaum	etwas	sehr
Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte, ...	11.1	22.8	40.3	25.7
Dass ein anderer NATO-Staat von Russland angegriffen werden könnte, ...	8.2	20.3	45.7	25.7
Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte, ...	11.5	23.6	40.2	24.8
Dass Putin demnächst wirklich Atomwaffen gegen andere Länder einsetzen könnte, ...	10.5	18.1	37.7	33.8
Dass Russland den Krieg gegen die Ukraine gewinnen könnte, ...	13.9	17.8	33.9	34.4

Auf Basis dieser fünf Fragen wurde eine Mittelwertskala gebildet. Diese wurde sodann am absoluten numerischen Skalennormalschnitt von 2.5 dichotomisiert. Personen mit Werten über 2.5 auf dieser Skala werden als Befragte mit „(hoher) Kriegsangst“ kategorisiert. Personen mit Werten zwischen 1 bis 2.5 werden als Befragte mit „keiner oder niedriger Kriegsangst“

eingestuft. Bei dieser Einteilung erweisen sich 70.8 % der Befragten als Personen mit (hoher) Kriegsangst. Es findet sich ein klarer Zusammenhang zwischen den Einstellungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine von Seiten Deutschlands und dem Ausmaß der Kriegsangst (vgl. Abbildung 2).

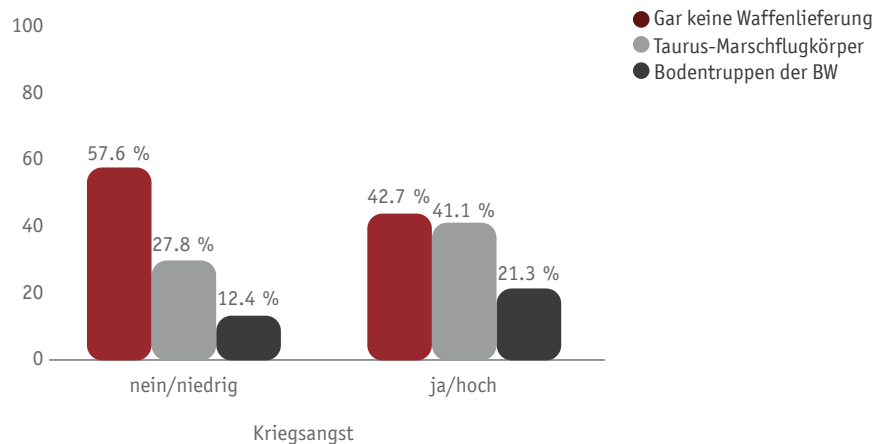


Abbildung 2: Prozentraten der Ablehnung von Waffenlieferungen sowie der Befürwortung der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern und der Befürwortung der Entsendung von Bodentruppen in Abhängigkeit vom Grad der Kriegsangst („nein/niedrig“ vs. „ja/hoch“)

Menschen mit (hoher) Kriegsangst lehnen lediglich zu 42.7 % Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Bei Personen ohne oder mit allenfalls niedriger Kriegsangst steigt diese Rate der Ablehnung auf 57.6 %. Kriegsangst ist insofern mit einer erhöhten Akzeptanz von Waffenlieferungen korreliert.

Dies gilt ähnlich für die Befürwortung der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern und auch mit Blick auf die Entsendung von Bodentruppen der Bundeswehr. Hier steigt die Zustimmungsrates im Falle (hoher) Kriegsangst bei Taurusraketen von 27.8% auf 41.1 % sowie bei der Entsendung von Bodentruppen von 12.4% auf 21.3 %.

5. Kriegsangst und Einstellungen zu Demokratie und Rechtsstaat

Ein Kernanliegen von MiDInt ist die Untersuchung der Frage, inwieweit subjektive Wahrnehmungen internationaler politischer Entwicklungen - wie hier der Ukraine-Krieg - Ausstrahlungswirkungen auf allgemeine politische Einstellungen der Menschen in Deutschland haben. Eine insoweit besonders wichtige Frage richtet sich darauf, ob Einstellungen der Bürger:innen zur freiheitlichen parlamentarischen Demokratie und ihrer wesentlichen Merkmale durch subjektiv wahrgenommene Bedrohungen im Kontext des Krieges in der Ukraine beeinflusst werden.

Im Rahmen der Befragungen von MiDInt wurde dazu ein Skala zur Messung von Autokratieakzeptanz entwickelt und bereits mehrfach eingesetzt. Es handelt sich in der aktuellsten Fassung dieser Skala um einen Katalog von acht Fragen. Diese thematisieren das Ausmaß der Ablehnung zentraler Grundprinzipien eines freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaates unter Verweis auf die aktuelle Lage und die Befürwortung einer starken autoritären Führung in dieser aktuellen Situation (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Akzeptanz von Autokratie und Formen autokratischer Staatsorganisation (Angaben in %)

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen. (stimme ...)	gar nicht zu	eher nicht zu	eher zu	völlig zu
Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.	21.2	42.1	29.5	7.2
Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform.	64.0	20.7	12.9	2.3
In der aktuellen Lage darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.	29.6	37.7	26.0	6.7
In der aktuellen Lage brauchen wir Politiker an der Macht, die Entscheidungen auch gegen Mehrheitsbeschlüsse durchsetzen.	21.1	31.7	30.4	10.8
Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.	17.9	27.4	37.1	17.5
Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	37.2	21.2	27.3	14.3
Aktuell sollten sich Journalisten mit Kritik an Politikern, die Probleme aktiv anpacken, zurückhalten.	33.0	32.1	26.1	8.9
Was Deutschland heute braucht, ist eine einzige starke Partei, die das Land regiert.	31.6	22.9	28.5	17.1

Die Zustimmungsraten liegen hier zwischen 15.2 % („Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform“) und 64.0 % („Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten“). Es zeigen sich insoweit zum Teil recht weit verbreitete Tendenzen der Ablehnung konstitutiver Elemente einer freiheitlichen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie unter Verweis auf die aktuelle Lage.

Aus diesen acht Fragen wurde eine Mittelwertskala gebildet, die Werte zwischen 1 und 4 annehmen kann. Diese Skala wurde am absoluten numerischen Mittel von 2.5 dichotomisiert. Personen mit Werten über 2.5 wurden als Autokratie akzeptierend und Personen darunter, mit Werten bis einschließlich 2.5 wurden als Autokratie ablehnend kategorisiert.

Es zeigt sich, dass mit 28.5 % eine doch erhebliche Minderheit zentralen freiheitlichen

Prinzipien der Demokratie gegenüber ablehnend eingestellt ist und sich für eine stärkere autoritäre Führung und autokratische Formen der politischen Entscheidungsfindung angesichts der aktuellen Situation ausspricht. Zwar ist demnach auch in der derzeitigen Situation in Deutschland, die durch simultane Herausforderungen mehrerer Krisen gekennzeichnet ist (u.a. wirtschaftliche Belastungen und Inflation, Klimawandel und Klimafolgeschäden, Migration und hohe Zahlen Schutzsuchender, Probleme am Wohnungsmarkt, Krieg in der Ukraine, Krieg in Gaza, Konflikte im Kontext von Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit sowie Migrantenablehnung), die Mehrheit

klar positiv gegenüber Grundprinzipien der Demokratie eingestellt (71.5 %). Ein Umfang von mehr als einem Viertel der Befragten, die Autokratie befürworten, stellt jedoch eine erhebliche Herausforderung für eine freiheitliche Demokratie und deren Legitimationsbasis dar.

Betrachtet man das Ausmaß der Kriegsangst im Zusammenhang mit der Frage, ob eine autokratische Staatsorganisation befürwortet wird, lässt sich ein klarer Zusammenhang erkennen. Die Rate autokratieakzeptierender Personen ist unter Menschen mit hoher Kriegsangst mit 31.7 % deutlich höher als unter Personen mit niedriger Kriegsangst (20.8 %) (vgl. Abbildung 3).

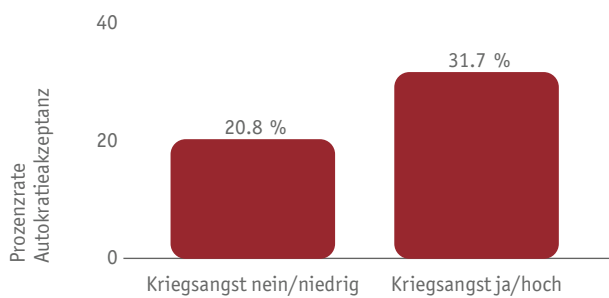


Abbildung 3: Prozentrage der Personen mit hoher Autokratieakzeptanz in Abhängigkeit vom Grad ihrer Kriegsangst

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Im Hinblick auf Art und Umfang der militärischen Unterstützung der Ukraine durch Deutschland im Krieg gegen Russland sind die Meinungen der Bevölkerung recht heterogen. In wichtigen Aspekten kann man von einer Zweiteilung sprechen. So ist etwas weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland der Ansicht, Deutschland sollte gar keine militärische Ausrüstung in die Ukraine liefern. Eine militärische Unterstützung der Ukraine findet damit bei einer (knappen) Mehrheit der Bevölkerung Zustimmung.

Die Raten der Befürwortung militärischer Hilfen für die Ukraine unterscheiden sich allerdings erheblich. Sie sind von der Art der Waffenlieferungen bzw. militärischen Unterstützung abhängig und sinken je wirkungsmächtiger und offensiver die in Frage stehende militärische Ausrüstung ist. Knapp über die Hälfte stimmt der Lieferung von Munition, Kampfpanzern oder Flugabwehrraketen zu.

Für die Lieferung von Kampfflugzeugen findet sich aktuell hingegen keine Mehrheit in der Bevölkerung, 56,4 % lehnen dies ab. Noch deutlicher ist mit 62,8 % die Ablehnung der Lieferung der aktuell öffentlich besonders diskutierten Taurus-Marschflugkörper mit großer Reichweite.

Die Unterstützung in Form einer Entsendung von Bodentruppen der Bundeswehr in die Ukraine, wie es vor kurzem vom französischen Präsidenten mit Blick auf die EU wieder in die Diskussion gebracht wurde, wird von mehr als drei Viertel der

Bürger:innen abgelehnt (81,3 %).

Die Einstellungen zu den diversen hier thematisierten Varianten einer militärischen Unterstützung der Ukraine durch Deutschland unterscheiden sich zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien zum Teil erheblich. Die höchsten Raten der Befürwortung von Waffenlieferungen sind bei den Wähler:innen der Grünen zu finden. Die geringsten Raten zeigen sich in dieser Hinsicht bei Wähler:innen der AfD und des BSW.

Der Krieg in der Ukraine löst bei einem sehr großen Teil der Menschen in Deutschland Sorgen und Ängste aus. Bei über zwei Dritteln der Befragten findet sich eine klare Bejahung von Sorgen im Sinne von Kriegsangst im Kontext des russischen Angriffskriegs. Weiter zeigt sich, dass eine solche Kriegsangst mit einer deutlich erhöhten Rate der Autokratieakzeptanz und der zumindest partiellen Abwendung von der Demokratie einhergeht.

Insofern stellen die internationalen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine auch innerhalb Deutschlands für die freiheitliche Demokratie und den Zusammenhalt unserer offenen Gesellschaft eine große Herausforderung und Bedrohung dar. Es handelt sich um Entwicklungen, die mit erheblichen Risiken von Legitimationsverlusten der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie und ihrer Grundfundamente verbunden sind. Diese gilt im Rahmen der Prävention von antidemokratischen Entwicklungen, die sich aktuell vielfach zeigen, angemessen zu adressieren.



[Weitere Informationen zur Studie „Menschen in Deutschland: International“.](#)

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Berghof Foundation

G I G A
German Institute for Gender and Reproductive Studies

HOCHSCHULE
FRESENIUS
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES



KRIMZ



U+H
Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Angaben gemäß § 5 TMG

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

studio halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Spotlight-Ausgabe an:

Dr. Katrin Brettfeld: katrin.brettfeld@uni-hamburg.de

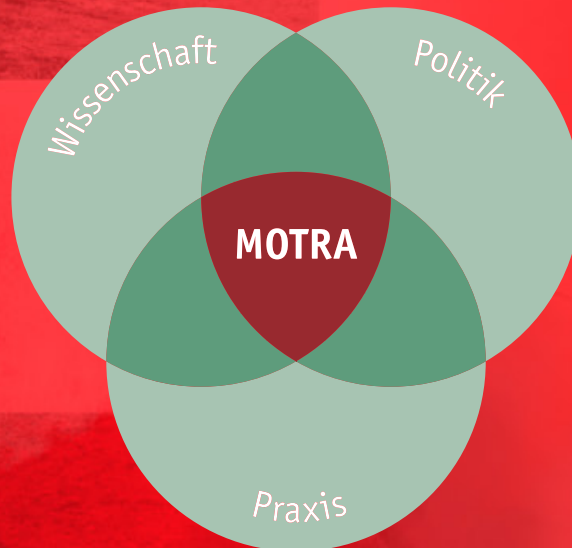
Janosch Kleinschnittger: janosch.kleinschnittger@uni-hamburg.de

Dr. Thomas Richter: thomas.richter@giga-hamburg.de

Prof. Dr. Peter Wetzels: peter.wetzels@uni-hamburg.de

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbänden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

✉ motra@bka.bund.de

🌐 www.motra.info

✂ twitter.com/MOTRAVERBUND

